

Alle Jahre wieder?

Kein „WEITER SO!“ – neue Landesregierung muss Fokus auf Innere Sicherheit legen!

Die Polizeien der Länder und die Bundespolizei sind seit Monaten mit den Auswirkungen der außenpolitischen Lagen am „personellen Anschlag“. Das gilt natürlich auch in Hessen. Neben Regeldiensten finden wöchentlich „Pro-Palästina“-Demonstrationen, Schwerpunktkontrollen in der dunklen Jahreszeit und Überwachungen sowie Bestreifungen von Weihnachtsmärkten statt. Objektschutzmaßnahmen sind aufgrund weltpolitischer Ereignisse personell hochgefahren. Im LPP wurde eine Taskforce gegründet, um möglichst schnell auf Straftaten bei pro-palästinensischen Demonstrationen reagieren zu können. Eigentlich sind die Herbstmonate nach den Sommerferien und vor der Adventszeit zum „Durchatmen“ geeignet, denn in der Sommer- und Ferienzeit sind die personellen Stärken auf Kante genäht. Nach und nach stellen wir fest, dass personelle Reserven, die durch die viel gerühmte Einstellungsoffensive der Landesregierung längst hätten angekommen sein müssen, immer noch nicht da sind. Gründe dafür gibt es genug. GdP-Bundesvorsitzender Jochen Kopelke hatte bereits im Oktober Bundeskanzler Scholz ersucht und mit der Tatsache konfrontiert, dass es für dauerhafte Gewährleistung der Inneren Sicherheit analog der Bundeswehr ein „eigenes Sondervermögen“ braucht. Die Einhaltung der Schuldenbremse kann nicht ausschließlich maßgebend sein, Schwerpunkte im Bereich der Inneren Sicherheit nach Kassenlage zu setzen. Der Ball liegt im Feld der Politik. Bisher waren ablehnende Stimmen aus dem Bundeskabinett öffentlich zu vernehmen. Allen voran Bundesfinanzminister Lindner, der sich kraft Amtes um seinen Haushalt in der laufenden Haushaltsdebatte sorgt. Lindner mahnte eine bessere Zusammenarbeit von Bund und Ländern beim Schutz jüdischer Einrichtungen an. Der Bundesfinanzminister ist der Meinung, „dass es Frage der Polizeitaktik sei, vor

Jens Mohrherr beim Interview bzgl. Handgranate in Frankfurt

Ort festzustellen, wer Gewalt verherrliche und Antisemitismus propagiere, damit die Strafverfolgungsbehörden aktiv werden könnten“. Leider irrt sich Herr Lindner, denn die multiplen Einsatzlagen lassen die Polizeien der Länder und des Bundes nicht zur Ruhe kommen. Bundesligaalltag und der DFB-Pokal an Wochenenden kommen hinzu. Die Liste einsetzbarer Polizeikräfte ist endlich. Überlastungen und Belastungen sorgen dafür, dass Kolleginnen und Kollegen krankheitsbedingt nicht zur Verfügung stehen. Hektik hinter den Kulissen im LPP. Nächstes Jahr die Euro 2024, fünf Spiele in Frankfurt. TENF, Urlaubssperre und Dienst nach Vorschrift im nächsten Jahr machen in Polizeikreisen die Runde. Sommerferien, Urlaubssperre – was noch? Der Hauptpersonalrat Polizei grätscht dazwischen und fordert ein geordnetes Miteinander ein. In Deutschland steigt die Gefahr eines Anschlags. Wenn es einen weiteren Beleg für eine konkrete Gefahr in Hessen braucht, steht dafür der Fund einer scharfen Handgranate in der S-Bahn-Station Hauptwache in Frankfurt am Main Ende Oktober. War es ein Anschlagversuch oder die Tat eines Gestörten? Die Öffentlichkeitsfahndung nach einer unbekannt Person läuft – Ausgang ungewiss. Die Tatsache macht uns auf erschreckende Art und Weise deutlich, wie verwundbar unsere Gesellschaft ist. Der Nahostkrieg Israels bringt in Deutschland Abertausende Menschen wöchentlich auf die Straßen. Bürgerinnen und Bürger – wie sicherlich viel eingesetzte Polizeikräfte – haben zunehmend Angst vor



dem, was vielleicht noch kommen kann. In Berlin-Neukölln haben Unbekannte Anfang November auf der Reuterstraße, Ecke Sonnenallee, mit einer Kugelbombe einen Anschlag auf zwei Polizeikräfte verübt. Zwei Kollegen wurden dabei verletzt. *Thüringens Verfassungsschutzpräsident hat wegen des blutigen Konflikts zwischen Israel und der islamistischen Hamas vor zunehmenden Gefahren in Deutschland gewarnt. Es könne passieren, dass radikalisierte Sympathisanten der Hamas es „nicht mehr nur beim Demonstrieren und bei Hasstiraden und einzelnen körperlichen Angriffen belassen, sondern möglicherweise konkrete Anschläge gegen jüdische und israelische Einrichtungen und Personen verüben“, sagte Präsident Kramer bereits Mitte Oktober 2023 in einem Interview.¹*

¹ <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/verfassungsschutz-anschlag-warnung-islamismus-100.html>



Waffenverbotszone in Frankfurt/Main

Seit 1. November 2023 gilt in Frankfurt am Main eine Waffenverbotszone (WVZ). Die Regelung greift flankierend zum bundesweiten Waffengesetz. Was bedeutet dies für das subjektive Sicherheitsgefühl der Menschen im Frankfurter Bahnhofsgebiet? Unbestritten: Es wurde höchste Zeit, dass die WVZ in FfM. endlich kommt! Das Straftatenaufkommen im Bahnhofsgebiet ist eindeutig. Die Anzahl der Delikte, die mit Waffen begangen werden, steigen stetig. Eine Evaluation nach einem Jahr wird deutlich machen, wie notwendig und überfällig dieser Schritt war! Klare GdP-Forderung: Die Stadtregierung im Römer muss liefern und der Einrichtung der WVZ müssen sich sozial- und drogenpolitische Soforthilfen anschließen. Mit den angekündigten 5 Millionen Euro aus der Stadtkasse kann es nicht getan sein. Es braucht mehr Hilfsangebote. Zusätzliches Personal und Räumlichkeiten sind nötig. Die GdP hat über ein Jahr den Weg der Frankfurter Polizei zur Einrichtung einer WVZ öffentlich unterstützt. Es ist nicht alleinige Aufgabe der Vollzugspolizei, Sicherheit und Ordnung ohne Zutun weiterer verantwortlicher Institutionen, hauptsächlich die der Stadtregierung, herzustellen bzw. langfristig zu gewährleisten. Nicht nur sichtbare Sicherheit, durch Polizeikräfte, auch Sauberkeit und Beleuchtung sowie Videoüberwachung zählen dazu. Der Ausbau von Hilfsangeboten ist essenziell, die Förderung der Drogen- und Suchthilfesysteme ebenso. Die Frankfurter Polizei hat schon vor Jahren eine REE im Bahnhofsgebiet installiert. Bürgerinnen und Bürger haben genau registriert,

wer neben der Polizei und der GdP öffentlicher Wegbereiter der WVZ war. Oberbürgermeister Mike Josef hat Wort gehalten. Solange aus den Reihen von Bündnis 90/Die Grünen in der Frankfurter Stadtregierung die Polizei nach wie vor verunglimpft wird, „durch die Einrichtung der WVZ jetzt ‚Racial Profiling‘ ungehindert betreiben zu können“, wird es kein Umdenken geben! In Zeiten, in denen ein „Rechtsruck“ in der Gesellschaft festzustellen ist, braucht es deutliche, mehrheitlich getragene politische Entscheidungen, um öffentlichen Missständen konsequent zu begegnen! Nur so kann Politik Glaubwürdigkeit vermitteln.

Bewerbermangel oder Generationenkonflikt? Die Polizei als Arbeitgeber – lohnt sich das?²

In der Industrie und bei den Polizeien des Bundes und der Länder herrscht unisono Fachkräftemangel. Bei der Polizei fehlen geeignete Bewerberinnen und Bewerber in Qualität und Quantität. Grund genug, dass dazu eine wissenschaftliche Untersuchung durchgeführt wurde. Die PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsgesellschaft, PwC Deutschland, ist eine der führenden Professional Services Firms in Deutschland.³ Bieten die Polizeien des Bundes und der Länder als Arbeitgeber hinreichend wettbewerbsfähige finanzielle Konditionen, um qualifiziertes Personal von sich zu überzeugen? Aus hessischer Sicht ein klares

NEIN! Solange verfassungswidrig alimentiert wird und Eingruppierungen im Tarifbereich der hessischen Polizei bei knapp 3.200 Beschäftigten zu 90 Prozent in den Entgeltgruppen EG 3 bis EG 9 liegen, braucht sich niemand zu wundern. Mangelnde Attraktivität auch im Stellenkegel: Polizei-Studis in Hessen sind unzufrieden, bezahlbaren Wohnraum oder dienstliche Wohnheime an den Studienstandorten gibt es nicht! IT-Fachkräfte und andere gut qualifizierte finden es unattraktiv, als Tarifbeschäftigte bei der Polizei eingestellt zu werden. Verbeamtungen oder gar der Einstieg in den höheren Dienst sind nicht vorgesehen. Tarifentgelte in Hessen können keinesfalls mit den Gehaltsstufen in der freien Wirtschaft mithalten. Hinzu kommt, dass die föderale Polizei in 16 verschiedenen Ausprägungen „völlig undurchsichtig“ für außenstehende potenzielle Bewerberinnen und Bewerber ist. Bestes Beispiel ist der Tarifschunel: TVÖD, TV-H, TV-L?! Das polizeiliche Zulagenwesen ist ebenso unverständlich. Weitere Informationen und viel Wissenswertes finden sich in der 37 Seiten umfassenden Veröffentlichung enthalten.⁴ Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Namen des Landesvorstandes der GdP Hessen wünsche ich euch allen, euren Familien und Angehörigen, eine besinnliche Adventszeit und schöne Weihnachten.

Kommt gesund in das neue Jahr. Es stehen viele schwierige Aufgaben im nächsten Jahr an. Bereits im Januar werfen die anstehenden Tarifverhandlungen in Hessen bereits ihre Schatten voraus.

Jens Mohrherr



² Herausgegeben von der PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Okt. 23, Von W. Zink, P. Heinzmann, K. Zimmermann und a.-M.-Karam

³ <https://www.pwc.de/de/ueber-uns.html>

⁴ <https://www.pwc.de/de/branchen-und-markte/oeffentlicher-sektor/nachwuchs-polizeilich-gesucht-die-polizei-als-arbeitgeber.html>

DP – Deutsche Polizei
Hessen

Geschäftsstelle
Wilhelmstraße 60 a, 65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 99227-0
Telefax (0611) 99227-27
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke

Redaktion
Markus Hüschentbett (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Hessen
Wilhelmstraße 60 a, 65183 Wiesbaden



ANGEMESSENE VERGÜTUNG DER RUFBEREITSCHAFTSZEITEN

GdP kämpft für hessische Spezialeinheiten

Spontan, schnell und flexibel – um sofort da zu sein, wo es drauf ankommt: Das erwarten Polizeiführer und nicht zuletzt auch die Bürgerinnen und Bürger von ihren hessischen Spezialeinheiten.

Doch was bedeutet das eigentlich für die Polizeibeschäftigten, die hinter dieser sehr abstrakten Beschreibung stehen. Was bedeutet das für das Privatleben der Kolleginnen und Kollegen, was macht das mit ihren Familien? Betrachtungen, die im dienstlichen Kontext aus Sicht des Autors deutlich zu kurz kommen.

Ein Urteil der 20. Kammer des Hamburger Verwaltungsgerichtes im Jahre 2022, welches einem Beamten der Hamburger Spezialeinheiten, der auf bessere Vergütung seiner Bereitschaftszeiten geklagt hatte, recht gegeben hat, brachte den Stein auch in Hessen zum Rollen.

Angelehnt an die Rechtsprechung in Hamburg, haben sich die Polizeibeschäftigten der hessischen Spezialeinheiten ebenfalls Hoffnung auf eine Verbesserung ihrer Rufbereitschaftsregelung gemacht. Aktuell wird die Rufbereitschaft zu 12,5 Prozent (1:8-Regelung) als Arbeitszeit vergütet. Leider gab es weder im Jahr 2022 noch bis jetzt (!) eine Initiative der hessischen Landesregierung, um die Bedingungen proaktiv mit Blick nach Hamburg auch in Hessen attraktiver zu regeln.

Insbesondere in Nordhessen waren die Angehörigen der Spezialeinheiten rührig und haben Kontakt mit ihrer Gewerkschaft und dem örtlichen Personalrat gesucht, um auf diesem Weg eine Verbesserung zu erreichen.

Schnell wurde sich der Angelegenheit durch die Gewerkschaft der Polizei angenommen. Gemeinsam mit den Vertrauensleuten in den nordhessischen Einheiten wurde kurzerhand ein gemeinsamer Termin organisiert. Miteinander einigte man sich auf einen schriftlichen Antrag, welcher die aktuelle hessische Regelung beschreibt und mit Blick auf das Urteil aus Hamburg eine deutliche Verbesserung einfordert. Der Antrag/Widerspruch wurde in Zusammenarbeit mit einem durch die GdP beauftragten Rechtsanwalt erstellt.

Die speziellen Bedingungen, welche eine Bereitschaft der Spezialeinheiten ausmachen, begründen nach Überzeugung der Gewerkschaftler und Impulsgeber der betroffenen Einheiten den Antrag deutlich. Der Antrag/Widerspruch wurde im Oktober 2022 durch die Beschäftigten der hessischen Spezialeinheiten auf dem Dienstweg gen Wiesbaden gesandt. Die Bearbeitung dauert durch die entsprechenden Stellen in WI derzeit noch an.

Die GdP begleitet gemeinsam mit der GdP-Rechtsabteilung und der durch die GdP

beauftragten Rechtsanwaltskanzlei den Bearbeitungsweg des Widerspruchs.

In der Zwischenzeit gab es in Schleswig-Holstein nach Informationslage der Gewerkschaft eine deutliche Verbesserung bei der Vergütung der Bereitschaftszeiten im Bereich der Spezialeinheiten. So wurde die Vergütung auf 1:3 angehoben und teils ein monetärer Ausgleich für zurückliegend absolvierte Bereitschaftszeiten geleistet.

GdP-Landesvorsitzender Jens Mohrherr hat im Juli in einem Interview in der DP zum Thema der Arbeitssituation in der hessischen Polizei gesagt: „... die Auftragsbücher sind voll – die Fachkräfte fehlen!“ In gedanklicher Anlehnung an diese Aussage, kann man in Richtung der Entscheidungsträger in Wiesbaden nur appellieren, den Antrag zur angemessenen Vergütung der Rufbereitschaftszeiten bei den Spezialeinheiten in Hessen als große Chance zu verstehen. Angesichts der nachhaltig bestehenden Personalprobleme in der Nachwuchsrekrutierung für alle hessischen Spezialeinheiten wäre man in Wiesbaden gut beraten, die Gunst der Stunde zu nutzen und ein deutlich spürbares Signal in Richtung Attraktivitätssteigerung zu senden!

Die jungen Kolleginnen und Kollegen, die ihr Studium bei der hessischen Polizei absolviert haben, gucken bei der Auswahl ihrer künftigen Dienststellen verstärkt auf die Arbeits- und Einkommensbedingungen, gepaart mit dem Gedanken einer interessanten „Work-Life-Balance“. Die hohe Flexibilität, die den Bediensteten der Spezialeinheiten abverlangt wird, muss sich in einer anziehenden Vergütung wiederfinden! Wer das nicht versteht und entsprechend handelt, verspielt die Chance, die Spezialeinheiten als attraktiven Arbeitsplatz für hoch motiviertes, übrigens überall in der Polizei benötigtes, Fachpersonal weiterzuentwickeln.

Als Gedankenstoß möchte ich auf das 23. Gesetz und Verordnungsblatt für das Land Hessen vom Juli 2023 hinweisen. Hier ist die ab August 2023 gültige Verordnung über den finanziellen Ausgleich bei Rufbereitschaft für Richterinnen und Richter sowie die Staatsanwältinnen und Staatsanwälte geregelt. 4,20 Euro je Bereitschaftsstunde und zusätzlich 20 Euro bei einem Tätigwerden.

**Mit gewerkschaftlichen Grüßen
Christoph Möhring
stellv. Vorsitzender GdP HPE**



KLAUSURTAGUNG DER BEZIRKSGRUPPE WESTHESSEN

Nahostkrieg fordert die Polizeibeschäftigten

In Wallau (MTK) kamen aus allen Bereichen des PP Westhessen GdP-Vertreterinnen und -Vertreter zusammen. Im Mittelpunkt der zweitägigen Klausur standen neben aktuellen Themen auch die Wahlen der Kandidatinnen und Kandidaten für die nächstjährigen Personalratswahlen. Bezirksgruppenchef Sebastian Schubert zog in seiner Begrüßungsansprache Bilanz der letzten Wochen. Zusatzdienste und Einsatzlagen belasten das Personal, die Stärken in den Dienst- und Ermittlungsgruppen sind zum „Zerreißen“ gespannt. Schnelle Abhilfe ist nicht zu erwarten, da das Personal aus dem Sicherheitspaket in die elf Polizeibehörden verteilt wird. Bedarf beim Personal haben alle, Flächenpräsidien wie Zentralbehörden gleichermaßen. Die hohe Anzahl der Abbrecherquoten in der HöMS ist verantwortlich dafür, dass das dringend benötigte Personal nicht in den Dienst- und Ermittlungsgruppen sowie in den Kommissariaten ankommt.

Aus den Personen- und Kreisgruppen berichteten die gewählten Vertreterinnen und



Foto: GdP/WH

Vertreter. Einig war man sich im Punkt „Ver-einbarkeit Familie und Beruf“. Vor dem Hintergrund der eingangs beschriebenen Belastungen kann davon keine Rede sein. „Springerdienste statt Dienstfrei zur Erholung“ beschrieb den aktuellen Dienstalltag.

Aus dem Hauptpersonalrat berichtete Daniel Klimpke über die Erörterungen der derzeitigen Einsatzlage. Auch für das Wochenende am 4./5. November sind im Dienstbereich des PP Westhessen wieder

„Pro-Palästina“-Demonstrationen geplant, die die Polizeidirektionen enorm belasten.

Lothar Hölzgen wurde für 50-jährige Mitgliedschaft in der GdP in der Klausur geehrt. Abschiednehmen hieß es hingegen von Peter Wittig, der nach seiner Pensionierung Ende Juli künftig nicht mehr auf der Kommandobrücke steht. Peter wird sich künftig für die Belange der Pensionäre einsetzen.

Jens Mohrherr

Klausurtagung der Bezirksgruppe Mittelhessen

Vom 6. auf den 7. Oktober 2023 traf sich die Bezirksgruppe Mittelhessen im Landgasthof Bechtel in Willingshausen-Zella, um ihre diesjährige Klausurtagung durchzuführen.

Wichtige Themen waren dabei u. a. die Beschließung der Personalratslisten für das Jahr 2024, die Planung der anstehenden Se-

minare für das Jahr 2024 sowie die kommenden Tarifverhandlungen (sowohl TdL als auch TV-H im kommenden Jahr).

Des Weiteren haben wir u. a. kleine Videos für unsere Personalratswahl nächstes Jahr gedreht, haben über zukünftige Werbemittel gesprochen und die Themen für den kommenden Newsletter festgelegt.

Insgesamt war es eine sehr kurzweilige Sitzung, die am ersten Tag mit einem geselligen Abend endete.

Trotzdem waren alle am nächsten Morgen pünktlich und mehr oder weniger ausgeruht im Seminarraum und es ging bis zu einem abschließenden Mittagessen mit gewerkschaftlichen Themen weiter.

Nina Bachelier



Foto: GdP/WH



BEZIRKSDELEGIERTENTAG DER BEZIRKSGRUPPE HPE

Bezirksgruppe Hessisches Polizeipräsidium Einsatz stellt Weichen

Eine eindeutige Forderung geht vom eintägigen Bezirksdelegiertentag der Bereitschaftspolizei an eine künftige CDU-geführte Landesregierung in Wiesbaden: Die langjährige Forderung einer Zulage für die geschlossenen Einheiten der Bereitschaftspolizei muss endlich umgesetzt werden. Der eintägige Bezirksdelegiertentag der BZG-Bereitschaftspolizei hatte am 12. Oktober den 49-jährigen Gregor Bader zum neuen Vorsitzenden gewählt. Delegierte aus allen Abteilungen der Bereitschaftspolizei kamen im nordhessischen Willingshausen-Zella zusammen, um über die Zukunft und aktuellen Forderungen zu beraten. Im Fokus standen neben den im Januar 2024 anstehenden Tarifverhandlungen auch die derzeitigen personellen und finanziellen Arbeitsbedingungen in der Bereitschaftspolizei. Die unplanbaren Dienste in den Einheiten der Bereitschaftspolizei lassen eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf nahezu nicht zu. Die Auftragsbücher sind voll und mit Blick auf die weltweiten kriegerischen Auseinandersetzungen, zuletzt der terroristische Anschlag auf Israel, bringen unsere Einheiten permanent in den



Fotos: GdP/HPE

Dienst und an physische und psychische Belastungsgrenzen. Als Gäste konnten zu Beginn des Delegiertentages der Präsident des Bereitschaftspolizeipräsidiums, Malte Neutzler, sowie der Landesvorsitzende der GdP Hessen, Jens Mohrherr, begrüßt werden. Präsident Neutzler freute sich in seinem

Grußwort auch auf das neue Hessische Polizeipräsidium Einsatz (HPE), dessen Präsident er ist. Ab 1. November 2023 ist das „Hessische Polizeipräsidium Einsatz“ (HPE) integraler Bestandteil der Sicherheitsarchitektur der hessischen Polizei. Personell in das bisherige Hessische Bereitschaftspolizeipräsidium hinzugekommen sind Spezialeinheiten, die bei den

PPen Nordhessen und Frankfurt am Main angegliedert waren. Auch die Aus- und Fortbildung wurde personell gestärkt. Jens Mohrherr freute sich in seinem Grußwort darüber, dass der künftigen GdP-Bezirksgruppe und den knapp 600 neu hinzugekommenen Beschäftigten der neuen Behörde HPE ein besonderes Gewicht im Konzert mit den anderen Polizeibehörden geben wird. BZG-Vorsitzender Bader schloss sich an: „Wir wollen zügig dafür sorgen, dass der Personalkörper im HPE faktisch schnell ‚zusammenwächst!‘“ Hierzu bietet die zentrale Personalversammlung am 5. Dezember 2023 in Fernwald eine gute Gelegenheit. Um die Attraktivität der neuen Behörde zu steigern, wünschte sich der neue BZG-Chef Gregor Bader neben einer personellen Stärkung der Einsatzeinheiten auch endlich finanzielle Anreize – eben durch eine Zulage für die geschlossenen Einheiten!

Jens Mohrherr





Fragen an Frauen in der GdP

Katrin Kuhl von der Bezirksgruppe Polizeizentralbehörden:

Liebe Katrin, stell dich doch bitte einmal kurz vor!

Sehr gerne. Ich heiße Katrin Kuhl, bin 42 Jahre alt und lebe mit meiner 15-jährigen Chihuahua-Hündin in Wiesbaden. Ich bin Verwaltungsbeamtin und Leiterin der Finanzbuchhaltung im HPT. Im HPT bin ich auch Kreisgruppenvorsitzende und Mitglied im geschäftsführenden Bundesvorstand.

Seit wann arbeitest du aktiv in der GdP mit und was war deine Motivation, dich gewerkschaftlich zu engagieren?

Puh, das ist eine gute Frage. Das müssten jetzt so 20 Jahre in etwa sein. Ich war in meiner Ausbildung zur Verwaltungsfachangestellten im damaligen HPVA – späteren PTLV – Jugend- und Auszubildendenvertreterin und da hat mir die Arbeit mit dem Personalrat immer viel Spaß gemacht. Und dann lief meine JAV-Amtszeit aus und die PR-Wahlen standen vor der Tür. Da der damalige Personalrat komplett in grüner Hand war, bin ich in die GdP eingetreten. Na und wie überall, ob Verein oder Gewerkschaft, kaum in einem Gremium drin hatte ich schnell die Ämter der Schriftführerin in der Kreis- und Bezirksgruppe inne.

Nach wie vor finde ich es super, über die GdP Einblicke in die verschiedensten Themen zu erhalten und über das ganze Bundesgebiet netzwerken zu können. Das ist für mich eine gelungene Abwechslung zu meiner hauptberuflichen Tätigkeit. Und ich kann Veränderungen/Verbesserungen über die GdP erreichen, denn nur meckern hilft doch keinem.

Wo liegen, aus deiner Sicht, die Schwerpunkte in der Gewerkschaftsarbeit?

Die Gewerkschaften sind DIE Stimme der Beschäftigten. Egal ob bei Tarifverhandlungen oder bei Forderungen zur Verbesserung des Arbeitsplatzes. Auch bei individuellen Problemen hat man immer einen Ansprechpartner. Viele Dinge werden mittlerweile (leider) als selbstverständlich angesehen, was von den Gewerkschaften mit ihren Mitgliedern hart erarbeitet wurde. Lohnfortzahlungen,



Katrin Kuhl, Mitglied im geschäftsführenden Bundesvorstand (GBV) der GdP

bezahlter Urlaub etc. Wir dürfen nie müde werden, die Situation – sei es allgemein oder individuell – unserer Mitglieder zu verbessern.

Wie hast du die GdP früher erlebt und wie erlebst du sie jetzt, hat sich etwas an den politischen Schwerpunkten und der Ausrichtung der GdP geändert?

Besonders gut gefällt mir die positive Veränderung der Kommunikation bzgl. der Verwaltung. Früher wurde oft nur von Polizeivollzug gesprochen, obwohl Tarifbeschäftigte und Verwaltungsbeamtinnen und -beamte genauso betroffen waren. Das hat sich aus meiner Sicht stark verbessert. Es gibt nach wie vor viele Themen, die nur den Vollzug betreffen und das ist als Gewerkschaft der Polizei auch richtig so. Aber man darf nie vergessen, dass es ohne die Verwaltung keine Auswahl- und Einstellungsverfahren, keine Beschaffungen von Dienst- und Schutzausstattung, keine Fahrzeuge und auch einfach kein Geld geben würde. Um nur einen kleinen Ausschnitt aufzuzählen. Deshalb freut es mich sehr, dass bei allgemeinen Forderungen

mittlerweile von Polizeibeschäftigten gesprochen wird.

Ansonsten glaube ich, dass wir durch unsere klaren Forderungen und die immer stärkere Vernetzung innerhalb der GdP-Bezirke eine noch größere Durchschlagskraft erhalten haben.

Gibt es, subjektiv betrachtet, Unterschiede zwischen Mann und Frau im täglichen Dienst und in der GdP?

Manchmal habe ich schon noch das Gefühl, dass wir Frauen immer eine Schippe mehr leisten müssen, um wahrgenommen zu werden, und man uns immer noch manche Dinge nicht zutraut. Aber im Gegensatz zu früher hat sich das zum Glück schon stark geändert. Ich würde mir aber nach wie vor mehr Frauen in Führungspositionen wünschen – in der GdP, aber gerade auch in der hessischen Polizei.

Hast du ein Motto, nach dem du lebst und arbeitest?

Ich würde eher sagen, dass ich ein Lieblingszitat habe: „Glaube nicht alles, was du denkst!“



Hast du gewerkschaftliche Ziele, die du erreichen möchtest?

Ich möchte die Verwaltung noch präsenter in der GdP verankern.

Hast du einen Wunsch, den du in die GdP hereintragen möchtest?

Also ehrlich gesagt bringe ich meine Wünsche ein, wenn mir welche einfallen. Daher habe ich aktuell keine offen, die die GdP nicht kennt. :-)

Was kannst du anderen, vor allem jungen Frauen mitgeben, damit diese sich gewerkschaftlich engagieren?

Traut euch! Wir Frauen neigen dazu, immer erst zu überlegen, ob wir das wirklich schaffen. Aber hey! Ganz ehrlich? Wenn nicht, haben wir es wenigstens versucht! Die GdP-Arbeit macht Spaß, öffnet Türen und lässt einen auch wachsen.

Wie gelingt es dir, die Bereiche Arbeit und Gewerkschaftsarbeit „unter einen Hut zu bringen“?

Es ist nicht immer einfach, das gebe ich zu. Gerade durch die vielen Termine auf Bundesebene. Da geht sicherlich der ein oder andere Urlaubstag, die ein oder andere Überstunde drauf. Aber solange ich das gerne mache, ist das für mich kein Problem. Und dazu habe ich noch tolle Kolleginnen und Kollegen, die mir die Kombination der beiden Bereiche erleichtern.

Wirst du von deiner Familie unterstützt für die ehrenamtliche Tätigkeit, wie ist deren Meinung dazu?

Absolut. Und da bin ich unendlich dankbar für. Meine Eltern sind, glaube ich, schon etwas stolz darauf und unterstützen mich, wo sie nur können. Ohne die Unterstützung meiner Eltern hätte ich mich auf Bundesebene auch nicht zur Wahl gestellt. Ich glaube, meine Hündin freut sich auch immer, wenn sie bei meinen Eltern schlafen kann, wenn ich unterwegs bin. Dann kann sie wenigstens ausschlafen und muss nicht so früh raus ;-)

Liebe Katrin, vielen Dank für das Ausfüllen des Fragebogens. Ich wünsche dir alles Gute für deine Zukunft!

**Interview geführt von
Nina Bachelier**

Starke Argumente, die überzeugen konnten

Anfang September konnten wieder zahlreiche Neumitglieder in der GdP Hessen begrüßt werden.

An allen vier hessischen Standorten in Wiesbaden, Mühlheim, Gießen und Kassel waren für die GdP Hessen wieder eine Woche lang die hoch motivierten Teams der Berufsvertretungsstunde an den Ständen in der HÖMS.

Die gut eingespielten Teams konnten starke Argumente und Fakten in den Vorträgen und am Stand bei den neuen Kolleginnen und Kollegen vortragen – der Erfolg spricht für die GdP! Mit über 70 Prozent konnten die jungen Menschen überzeugt werden, dass es eine starke Berufsvertretung von Anfang an braucht.

Allen Neumitgliedern an dieser Stelle ein herzliches Willkommen in der GdP Hessen!



Team Gießen

Bei allen Helferinnen und Helfern an den Ständen der Berufsvertretungsstunde möchte ich mich herzlich bedanken.

Die nächste Einstellungsrunde findet Mitte Februar 2024 statt. Wer sich vorab schon über die GdP informieren will, kann dies gerne auf der Homepage studis.gdp-hessen.de tun.

Stefan Ruppel



Team Wiesbaden



Team Kassel



Team Mühlheim



BILANZ DER SENIORENARBEIT

Gut gemacht

Zum Abschluss eines zweiten Jahres, das unter dem Eindruck von Krieg und unmenschlicher Gewaltausbrüche steht, zudem von einer unsere Lebenssituation, gerade die der Seniorinnen und Senioren, beeinträchtigenden weiterhin hohen Inflation und einer alles andere als stabilen Politik, vor allem in Berlin, gezeichnet war, können wir für die Seniorinnen und Senioren in der GdP dennoch eine überwiegend positive Bilanz ziehen.

In Sachen Verbesserung der Mobilität für ältere Menschen haben wir bei der Hessischen Landesregierung interveniert. Ziel war zunächst, schon bei der Beschlussfassung im Bundesrat Änderungen zu erreichen. Die unzureichende Antwort des Wirtschaftsministeriums haben wir in einem Brief mit konkreten Vorschlägen zur schrittweisen Erweiterung des hessischen Seniorentickets zum 49-Euro-Ticket gekontert. Eine Reaktion steht hier noch aus, es lagen die Sommerpause und natürlich auch der Wahlkampf dazwischen, beides kein wirkliches Hemmnis um an wichtigen Themen weiterzuarbeiten.

Nicht zufrieden waren und sind wir mit der Tatsache, dass Rentnerinnen und Rentner keinen Inflationsausgleich, angelehnt an die Tarifergebnisse aus dem Frühjahr, bekommen sollen. Die diesbezüglichen Aussagen mancher Politikerinnen und Politiker zeigten vor allem eine massive Unkenntnis über die Einkommensverhältnisse vieler Rentnerinnen und Rentner. Und auch die Unterstützung durch unseren Dachverband war nicht sehr hilfreich. Auch ein Thema, was noch nicht erledigt ist.

Erledigt haben wir dagegen unseren Seminarplan für dieses Jahr. Neben den schon bekannten Veranstaltungen hatten wir erstmals ein IT-Seminar im Angebot. Trotz nicht gerade idealer Rahmenbedingungen konnten wir das Neuland nicht nur betreten, sondern auch positiv gestalten. Diese Ergebnisse ermuntern uns, auch im kommenden Jahr entsprechende Angebote zu machen. Und es



kommt ein neues Element dazu. In Umsetzung eines Delegiertentagsbeschlusses 2022 planen wir die Durchführung eines Seniorentages. Ziel ist dabei, neue Ideen für die Seniorenarbeit in der GdP zu entwickeln.

Davor steht die Tarifrunde für die Landesbediensteten in Hessen. Nach der Wahl und der Neubildung einer Landesregierung sollen die Verhandlungen im Januar beginnen und im März mit der dritten Verhandlungsrunde enden, wenn denn die Arbeitgeber auf unsere Forderungen ein- und mitgehen. Das dürfte nicht so leicht sein. Das bedeutet, dass wir kampf- und streikbereit sein müssen, auch und gerade die Seniorinnen und Senioren.

Für Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter ist nie der Zeitpunkt gekommen, um die Füße hochzulegen und mit allem zufrieden zu sein. Es gibt immer offene Baustellen und Herausforderungen. Diesen haben wir uns gestellt und werden uns ihnen stellen. Dazu brauchen wir unsere Mitglieder in allen Ebenen.

Bernd Braun

Anzeige

Worte können nicht immer ausdrücken,
was man sagen möchte
– daher hier nur das Wort: **DANKE** –

Danke, lieber Herr **Ewald Gerk von der GdP** für Ihre Hilfe!
Der Papierkrieg, der nach dem Tod meines geliebten Mannes (Horst Schröter) auf mich zukam, war einfach allein nicht zu bewältigen.
Ohne die Hilfe des Herrn Gerk hätte ich das bis heute nicht bewältigen können.
Daher von Herzen nochmals ein großes **DANKESCHÖN**,
sowie für Herrn Gerk und allen Kolleginnen und Kollegen ein friedliches Fest.

♥ In tiefer Dankbarkeit.
Ihre Erika Dumke.

Jubilare

25-jähriges Gewerkschaftsjubiläum
Blum, Hans-Dieter
Decker, Iris
Krug, Mario
Kreisgruppe Vogelsberg

40-jähriges Gewerkschaftsjubiläum
Gnau, Volker
Kreisgruppe Vogelsberg

60-jähriges Gewerkschaftsjubiläum
Hansel, Rudolf
Schulz, Herbert
Kreisgruppe Vogelsberg

Sterbefälle

Helmut Liewald
Kreisgruppe Frankfurt

Hans-Günter Vollmer
Kreisgruppe Main-Kinzig

Otto Werner
Kreisgruppe Werra-Meißner

Michael Stalinski
Kreisgruppe Wetterau

Peter Skrodzki
Kreisgruppe HTP

Wir werden den Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren!